

Bericht über die Entwicklung in POLEN

März 1960

A. <u>Innere Entwicklung</u>	Seite: 1
I. <u>Politische Ereignisse</u>	1
1) "Die Wahrheit kommt als gefährliches Gespenst"	1
2) Parteistatistik	4
3) Parteijugend in Warschau	5
4) GOMULKA vor den Studenten	5
II. <u>Wirtschaft</u>	7
1) GOMULKA über Normenerhöhung	7
2) Weitere Zersplitterung des Bauernbesitzes	9
3) Neue Erleichterungen beim Kauf von Bauernhöfen	10
4) Die wirtschaftliche Rolle Niederschlesiens in Polen	11
III. <u>Soziale Probleme</u>	12
1) Frauenbeschäftigung	12
2) Vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis	12
3) Justizpraxis in Polen	13
4) Verteilung der qualifizierten Berufskader	14
B. <u>Polen und Ausland</u>	15
1) Handelsabkommen mit der Sowjetunion	15
2) ... und mit der "DDR"	16
3) Polens Handel mit den unterentwickelten Ländern	17
4) Polnischer Besuch in den USA	17
5) Besuch italienischer Sozialisten in Polen	18

- - - - -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) "Die Wahrheit kommt als gefährliches Gespenst..."

Am 16. März trat in Warschau eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation, geführt vom Chef der ungarischen Kommunisten, Janos KADAR, zu einem mehr-tätigen Besuch ein. Es war für die polnischen Gastgeber ein besonders peinlicher Besuch, da damit die Ereignisse des Oktober-November 1956 beschworen wurden. Zumal GOMULKA damals gegenüber der ungarischen Reaktion eine eindeutige Stellung bezogen hatte, mußte die jetzige Freundlichkeit gegenüber den KADAR-Leuten auf die Öffentlichkeit befremdend wirken. So zirkulierten denn auch Zitate, die GOMULKA vor dem VIII. Plenum der PZPR geprägt hatte, als er zu den Revolutionären Ereignissen des Jahres 1956 Stellung nahm:

"Man hätte ihnen (den Arbeitern) früher als jetzt die Wahrheit sagen müssen. Der Wahrheit kann man nicht entfliehen. Wenn man sie verheimlicht, erscheint sie in der gefährlichen Gestalt eines Gespenstes, das Furcht einflößt, beunruhigt, rebelliert und zornig wird..."

Anlässlich des Staatsbesuches jedoch riskierte es die "Trybuna Ludu", daß die Wahrheit "als Gespenst erscheinen" mußte. Das Blatt verfälschte die Geschichte des Jahres 1956:

"Eine normale Entwicklung der --- Zusammenarbeit zwischen den beiden Brudervölkern (gemeint sind Polen und Ungarn) wurde vorübergehend durch die Ereignisse, die im Herbst 1956 stattfanden, gestört. Entschlossen an der Seite der Kräfte stehend, die die sozialistischen Errungenschaften in Ungarn verteidigten, haben die Massen der polnischen Werktätigen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und die Regierung Volkspolens mit Genugtuung das Zurückdrängen des Angriffes von konter-revolutionären Elementen, die die Fehler der früheren Parteiführung nutzten, um ihre Hand gegen die ungarische Volksrepublik zu erheben, erlebt."

Dieselbe "Trybuna Ludu" hatte am 28. Oktober 1956 über die gleiche Frage geschrieben:

"Viele von uns stellen sich die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß in Ungarn, einer Volkdemokratie, ein großer Teil des Volkes gegen die eigene Regierung aufstand? Wir betonen das Wort: Des ungarischen Volkes, obwohl sich auch gewisse unverantwortliche, in manchen Fällen reaktio-näre Elemente in diesen Kampf eingeschaltet haben. Nicht in einer ver-

einfachten Version über die "fremden Agenturen" soll man die Antwort auf die gestellte Frage suchen."

Am 2. November 1956 veröffentlichte dieses Blatt einen Aufruf des ZK der PZPR, wo es u.a. heißt:

"Wir vertreten die Meinung, daß die Frage der Erhaltung der Volksmacht und der Errungenschaften des Sozialismus in Ungarn nur die internen Kräfte des ungarischen Volkes zu entscheiden haben, und nicht eine fremde Intervention."

Und ein paar Tage später las man in der illustrierten Wochenzeitschrift Swiat im Bericht eines polnischen Korrespondenten, der die ungarische Tragödie miterlebte:

"Ist es wahr, daß in Ungarn eine faschistische Konterrevolution die Oberhand bekam...? Ich weiß, wie unerhörte wichtig diese Frage ist, und ich beantworte sie im vollen Bewußtsein der Verantwortung: Es ist nicht wahr!"

Das war also die dokumentierte Meinung der Parteileitung und der Presse, die sich nicht aus der Welt schaffen läßt. Die neue Version wird GOMULKA nicht abgenommen werden und seinem Ansehen beim Volke schaden.

Bei einem Treff der "Bevölkerung Warschaus" mit der ungarischen Delegation sprach GOMULKA davon, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU "die Feinde des Sozialismus in der ganzen Welt feierlich die Krise in unserem Lager, in unseren Ländern, in der revolutionären Arbeiterbewegung proklamierten". Er selbst hatte aber am 20. Oktober 1956 vor dem ZK eben dieses festgestellt:

"In der nach dem XX. Parteitag entstandenen Situation, als es galt, rasch und zielbewusst zu handeln, Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen, mit offenem Visier zu den Massen zu gehen, ihnen die volle Wahrheit... zu sagen, vermochte die Parteiführung nicht schnell eine Linie des konkreten Handelns auszuarbeiten."

Zumindest also in der eigenen Partei stellte damals GOMULKA die Krisenerscheinungen fest:

Am 19. März 1960 sagte GOMULKA:

"Die ungarische Arbeiterklasse, die ungarischen Kommunisten hatten in ihrem Kampf gegen die Konterrevolution die Unterstützung der Arbeiterklasse aller sozialistischen Länder, der ganzen revolutionären Bewegung."

GOMULKA scheint heute zu glauben, daß man der Wahrheit entrinnen kann...

Erwartungsgemäß ging der Gast, Janos KADAR, in seinen Äusserungen noch einen Schritt weiter als sein Gastgeber. Bei dem Treffen mit der "Warschauer Bevölkerung" am 19. März 1960 sagte er:

"Unser Volk ist der Sowjetunion dankbar für die Opfer, die sie für uns dargebracht hat, um uns von der nazistischen Knechtschaft zu befreien. Wir vergessen die brüderliche Hilfe nicht, die man uns im Jahre 1956 angedeihen ließ... Das ungarische Volk ist dankbar dafür, daß es frei leben und in Frieden arbeiten kann..."

Die destruktive Tätigkeit der Revisionisten in Ungarn hat uns schwere Schäden zugefügt, weil nur in unserem Lande die Revisionisten ihren normalen Weg bis zu Ende gehen konnten. Dieses Ende hieß Verrat der Arbeiterklasse und Verrat des Vaterlandes...

Wie haben die Revisionisten unser System angegriffen? Sie verneinten, daß unser System demokratisch ist. Sie verlangten eine sogenannte 'Freiheit'. Und wie stellten sie sich diese 'Freiheit' vor. Als das Recht, das sozialistische System innerhalb des staatlichen und parteilichen Rahmen anzugreifen!...

Während der Kämpfe mit der Konterrevolution erwies sich die werktätige Bauernschaft als treuer Verbündeter der Arbeiterklasse. Sie wollte nicht die Rückkehr des Kapitalismus..."

Seit vielen Jahren, seit dem Sturz des Stalinismus, hat man in Warschau nicht solche Worte gehört.

Die Großveranstaltung wurde als Treffen der ungarischen Delegation mit der "Bevölkerung Warschaus" angesagt und so auch in der Presse bezeichnet. Aber welcher Teil der Bevölkerung das war, darüber sagen Formulierungen in Reden und Berichten einiges. Z.B. erklärte KADAR:

"... nun haben wir Gelegenheit, über mehrere wichtige Probleme unseres Kampfes vor dem hocherfahrenen Warschauer Parteiaktiv zu sprechen."

Unabsichtlich enthüllte hier KADAR, waw man von dieser "Bevölkerung Warschaus" zu halten hat. Es waren in Wirklichkeit wohlinstruierte Parteifunktionäre, von deren Seite man keine unangenehmen Überraschungen zu befürchten brachte.

Eine weitere Stelle der Rede Janos KADARs verdient Aufmerksamkeit. Er sprach von "ungarischen Bauern, die zwar den Kapitalismus ablehnten, aber noch nicht bereit sind, sich für den Sozialismus zu entscheiden."

"Wir haben aber in Anbetracht dieser lange andauernden Unentschlossenheit nicht den Mut und die Geduld verloren. Wir glaubten fest, daß unsere unermüdlige Arbeit die Bauern überzeugen wird... Und wir haben uns nicht geirrt..."

Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit war der Fortschritt auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Anfang 1959 begannen die Bauern, massenhaft neue Produktionsgenossenschaften zu gründen. Hunderte von Dörfern haben sich für die sozialistische Form der Kollektivwirtschaft ausgesprochen. Ende 1959 und Anfang 1960 konnten wir neue Erfolge verzeichnen. Jetzt gehören über 70 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche zum sozialistischen Wirtschaftssektor."

Zweifellos ist Janos KADAR nicht zufällig auf das Thema der Kollektivierung gekommen, sondern wurde dazu von Moskau inspiriert. Die Sowjets benutzten in letzter Zeit jede Gelegenheit, um Warschau an die Kollektivierungserfolge in anderen Satellitenländern zu erinnern. GOMULKA hat es immer schwerer, dem sowjetischen Druck auszuweichen. Nach der praktisch vollzogenen Kollektivierung in der Sowjetzone Deutschlands wird die Sonderlage in Polen immer unhaltbarer. Der einzige Ausweg (für die nächsten Jahre) wäre ein Erfolg der Aktion der landwirtschaftlichen Zirkel.

2) Parteistatistik

Aufgrund der jährlichen statistischen Erhebung verminderte sich die Zahl der Mitglieder der polnischen Kommunistischen Partei (PZPR) im Laufe des Jahres 1959 um mehr als 5.000 Personen. Zu Beginn des vergangenen Jahres zählte sie 1.023.000, am Ende 1.018.000 Mitglieder. Die Abnahme macht etwa 0,5 % der Gesamtzahl aus.

Die Veränderungen im Mitgliederstand sahen folgendermassen aus: 86.000 neue Parteikandidaten wurden aufgenommen. 87.000 Mitglieder und Kandidaten haben die Partei verlassen, davon wurden 71.000 gestrichen und 10.000 ausgestoßen, 6.000 sind gestorben. Außerdem sind etwa 4.600 Mitglieder aus der Statistik verschwunden, weil sie beim Überwechseln von einer Grundorganisation in die andere die notwendigen Formalitäten versäumt haben.

75 % der Gestrichenen sind Arbeiter, 15 % Bauern.

Unter den Neuaufgenommenen sind 50 % Arbeiter, was sich günstig auf die Veränderung der sozialen Struktur der Partei auswirken wird.

Der Anteil der Bauern beträgt 4 % und wird als völlig unzureichend bezeichnet. 35 % der Neuaufgenommenen sind junge Menschen unter 25. Der Anteil dieser Altersgruppe unter allen Mitgliedern der Partei beträgt nur 6,5 % (in Warschau sogar nur 2,7 %). Die Partei gilt als "überaltert".

Das Bildungsniveau der Parteimitglieder verbessert sich in den letzten Jahren ständig. Im vergangenen Jahr konnten 48,2 % der Mitglieder eine Grundschul-, 19,3 % eine Mittelschul- und 4,9 % eine Hochschulbildung aufweisen. Über ein Fünftel der organisierten Akademiker lebt in Warschau.

3) Parteijugend in Warschau

Nur 17.000 Mitglieder zählt der Warschauer Verband der Sozialistischen Jugend. Die Sorgen, die das Regime mit der Jugend hat, treten in der Hauptstadt sehr krass zutage. Die "Trybuna Ludu" vom 19. März bemerkte dazu, daß die Arbeit des Verbandes auf die größten Schwierigkeiten unter der akademischen Jugend stieße. Die organisatorische Tätigkeit des Sozialistischen Jugendverbandes konzentrierte sich bisher auf die Schuljugend und Arbeiterjugend. In den letzten Monaten begannen jedoch zahlreiche junge Arbeiter, die Organisation wieder zu verlassen. Der Anteil der Arbeiterjugend betrug im Jahre 1959 noch fast 63 % der Gesamtzahl der Mitglieder, jetzt sind es weniger als 50 %.

4) GOMULKA vor den Studenten

Die einzige Jugendorganisation, die sich seit dem Oktober 1956 gut erhalten und entwickelt hat, ist der Polnische Studentenvorband, der hauptsächlich den Charakter einer Interessenvertretung der Studentenschaft und nicht einer politischen Organisation besitzt. In der ersten Zeit nach dem Oktober 1956 hat die Leitung des Studentenvorbandes sogar offen und mit gewissem Stolz betont, daß sie mit der Politik nichts zu tun haben will. Die Partei war damals so schwach, daß sie ihn eine Zeit lang gewähren ließ. Später wurde aber entsprechender Druck ausgeübt, dem sich der Studentenvorband beugen mußte.

Ende März fand ein Kongreß des Verbandes in Warschau statt. Die Tagung wurde durch die Anwesenheit der drei einflußreichsten Männer in Polen beehrt: GOMULKA, CYRANKIEWICZ und OCHAB. Damit hat die Partei- und Regierungsspitze betonen wollen, wie wichtig die Probleme der Jugend, insbesondere der Studenten, genommen werden.

GOMULKA hielt vor den Studenten eine längere Ansprache. Er stellte darin die jetzige Lage der Studierenden der Vorkriegszeit gegenüber. 48.000 studierten im Jahre 1937, 156.000 sind es heute. Nur 16 % Kinder der Arbeit und Bauern gab es unter den Vorkriegsstudenten, heute beträgt ihre Zahl über 55 %.

Nur 10.000 Studierende bekamen vor dem Kriege jährlich Stipendien oder Anleihen zur Bezahlung der Hochschulgebühren. Heute besteht die Mehrheit der Studenten aus Stipendiaten.

Der Parteichef überschätzte den Wert der Ausbildung und stellte fest, daß ein Student dem Staat mehr kostet, als der Lohn eines hochqualifizierten Arbeiters beträgt.

"Es ist notwendig, daß sich jeder Studierende darüber im klaren ist, welche Anstrengungen die Arbeiterklasse und die Nation unternehmen müssen, um seine Bildung zu finanzieren, damit er seine moralische Schuld gegenüber der Gesellschaft nicht vergißt. Diese Schuld kann man nur durch flüssiges Lernen und spätere nützliche Arbeit in seinem Berufe abzahlen, weiter durch die Erfüllung der Bürgerpflichten und eine sozialistische Haltung in Fragen der Ideologie und der Moral. Das erwartet die Gesellschaft von der Jugend, diese erzieherische Richtung verlangt man von der Schule."

Die Studiendisziplin auf den Hochschulen sei aber nicht zufriedenstellend, betonte GOMULKA mehrmals. Über 30 % der Studenten führten ihre Studien nicht zu Ende, in den technischen Hochschulen sind es sogar fast 40 %. Fast 70 % der jungen Polytechniker machten ihre Schlußexamen nicht termingemäß. Nach dem beendigten Studium wollten viele Absolventen nicht im erlernten Beruf arbeiten. Das bezieht sich insbesondere auf die Absolventen der landwirtschaftlichen Hochschulen.

GOMULKA meinte, daß eine Reform des Hochschulstudiums eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Diese Reform soll bewirken, daß die Studenten für ihren Beruf besser praktisch vorbereitet sind, aber auch, daß sie bewußte und bessere "Bürger der sozialistischen Gesellschaft" werden.

"Es ist unentbehrlich, daß jeder Student während der Studienzeit die Grundfragen des Marxismus-Leninismus, der marxistischen Philosophie, der marxistischen Gesellschaftslehre, der marxistischen Volkswirtschaft kennen lernt, und daß er sich mit diesen Gebieten des menschlichen Wissens bekannt macht, die eine wissenschaftliche Weltanschauung und die politische und moralische Haltung gestalten."

Im übrigen, so sagte GOMULKA, könne eine Situation nicht als normal bezeichnet werden, in der ein Student der Polytechnik während fünf Studienjahren nur acht bis zwanzig Wochen Werkpraktika ableiste. Im nächsten Studienjahr werde man das System der Stipendienverteilung reformieren.

In der Regel werden Stipendien von den Produktionswerken u.ä. gestiftet. Wer sie bezahlt, wird künftig verpflichtet sein, nach Beendigung des Studiums eine Zeit lang in diesem Werk zu arbeiten.

II. Wirtschaft

1) GOMULKA über Normenerhöhung

Im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres begann man in Polen eine generelle Revidierung der Arbeitsnormen in der Industrie. Anfangs umfaßte diese Aktion die Maschinenindustrie, seit Januar 1960 wurde sie auf die gesamte Industrie ausgedehnt.

Die Zahl der in der Industrie, im Bauwesen und im Transport beschäftigten Personen umfaßt mehr als 4 Millionen. Mehr als 3 Mill. von ihnen werden unmittelbar von der Revidierung der Normen betroffen. Das ist die Hälfte aller Beschäftigten in Polen.

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft ist mehr als verständlich, obwohl die Lage heute wesentlich anders ist als in der stalinistischen Ära. Damals wurde von den Arbeitern verlangt, für niedrigen Lohn viel zu arbeiten; heute sieht es in Polen so aus, daß die Löhne zwar weiterhin niedrig geblieben sind, dafür leisten die meisten jedoch entsprechend schlechte und wenig Arbeit.

Auf ziemlich allen Gebieten der Wirtschaft herrschen deshalb chaotische Zustände, da die Festsetzung der Arbeitsnormen in der Industrie völlig in Unordnung geraten ist. Eine Anzahl von Normen ist im Vergleich zu den anderen offensichtlich zu niedrig berechnet. Die Folge ist, daß einer sich ziemlich anstrengen muß, um das gleiche herauszuholen, was ein anderer spielend leicht erreichen kann.

Alle Beschäftigten waren interessiert, die Normen so niedrig wie möglich zu halten, weil ihnen das die Möglichkeit zu einem höheren Verdienst gibt, den jeder in Polen so bitter gebrauchen kann. Aber außer den Arbeitern waren zum Teil auch die Direktionen der Werke, ja sogar ganze Vereinigungen, manchmal

an niedrigen Normen interessiert. Sie bekamen einen hohen Lehnfonds, und die Planerfüllung war auch kein Problem.

Natürlich kann eine Sanierung der Wirtschaft unter solchen Umständen nicht verwirklicht werden. Auch eine Erhöhung des Lebensstandards kann auf die Dauer nur bei einer erhöhten Leistung erreicht werden.

Es gilt jetzt, die Widerstände eines großen Teiles der Arbeiterschaft gegen eine Normerhöhung zu überwinden. Dieses Ziel stellte sich der Parteichef GOMULKA, als er am 2. März vor dem Warschauer Parteiaktiv sprach.

Einleitend sprach er über das Prinzip der Normenerhöhung:

"In dieser Angelegenheit herrschte bei uns bis vor kurzem ein sonderbarer Zwiespalt. Theoretisch waren alle damit einverstanden, daß die Normen im Laufe der Verwirklichung des technischen Fortschrittes, der Verbesserung und Beherrschung der Produktionsprozesse sowie der Erhöhung der Qualifikation unserer Belegschaften geändert werden müssen. Kurz gesagt: Sobald eine Situation entstanden ist, in der die Verkürzung der für einen bestimmten Produktionsgang notwendigen Zeit berechtigt und möglich ist...

Die Praxis war aber oft anders. Allgemein war die Tendenz, die Normen unverändert auf einem früher festgesetzten Niveau zu halten, auch wenn sie offensichtlich nicht mehr berechtigt waren. Nicht selten kam es vor, daß die Normen, die für das Anlaufen der Produktion, also für eine begrenzte Zeit, aufgestellt waren, noch jahrelang beibehalten wurden."

Die Beibehaltung überholter Normen habe vielerorts die richtigen Lohnproportionen verdreht, sagte GOMULKA weiter. Ein ungelernter Arbeiter, der eben seine Arbeit im Betrieb begonnen hätte, habe manchmal mehr verdient als ein langjähriger, qualifizierter Arbeiter.

Wer mit solchen "gelockerten" Normen arbeite, erziele auch bei verkürzter Arbeitszeit hohe Verdienste, während ein anderer sich für weniger Geld acht Stunden tüchtig abplagen müßte, obwohl er besser und mehr schaffe. Diese Verdrehung der richtigen Lohnproportionen sei ein bedrohliches Hindernis bei der Erhöhung der beruflichen Qualifikationen und verhindere eine Entwicklung der Industrie.

Die schärfsten Opponenten gegen die beabsichtigte Revidierung der Normen seien natürlich unter den Nutzniessern der jetzigen ungeordneten Lage zu suchen.

Es kommt auch oft vor, daß die Direktion eines Betriebes auf Anordnung von oben die Normen erhöht. Gleichzeitig sorgt sie aber nicht dafür, daß der gesteigerte Produktionsgang gewährleistet wird. Wenn die Organisation der Arbeit und die Versorgung mit Rohstoffen versagt, kann ein Arbeiter auch beim besten Willen nicht mehr leisten. Und gerade das scheint oft der Fall zu sein.

Wenn man die Produktion eines Betriebes auf höhere Touren bringen will, so muß natürlich die Organisation klappen. Das gilt vor allem für die Belieferung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten. Liefern die Zubringer die nötigen Teile nicht termingerecht, so kommt der Produktionsgang ins Stocken. Auch der beste Wille der Belegschaft wird nichts an der Tatsache ändern können, daß die Normen nicht erfüllt werden.

Es liegt also nicht ausschliesslich in der Hand der Arbeiter, die jetzigen, äusserst unbefriedigenden Zustände zu ändern. Gerade auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation und der Materialversorgung muß man viele Fehler suchen. GOMULKA widmete gerade diesem Problem große Aufmerksamkeit.

Es scheint, daß die Normenerhöhung in Polen eine Notwendigkeit ist, und daß es falsch wäre, gegen diese Maßnahme mit den Argumenten zu kämpfen, daß der kommunistische Staat seine Arbeiter noch mehr ausbeuten will. Die Arbeiter können jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen damit einverstanden sein. Zuerst müßte die Wirtschaftsleitung alle objektiven Voraussetzungen für eine erhöhte Arbeitsleistung schaffen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, und die Normen entsprechend geordnet werden, müßte sich jede weitere Steigerung der Arbeitsleistung auf die Erhöhung der Produktion und des Lebensstandards auswirken.

2) Weitere Zersplitterung des Bauernbesitzes

Eine der nachteiligen Begleiterscheinungen des Oktoberumschwunges in Polen ist die fortschreitende Zersplitterung des Bauernbesitzes. Die ohnehin meistens zu kleinen Bauernhöfe werden weiterhin unter den Erben geteilt. Dadurch entstehen immer mehr Zwerggehöfte, die ihren Besitzer nicht ernähren können. In der Wojewodschaft Krakau, wo es schon immer viele Kleinhöfe gab, sind in den letzten zwei Jahren 13.000 neue Anwesen entstanden. In anderen Gebieten sieht es auch nicht besser aus.

Man versucht, dem auf verschiedene Weise entgegenzuwirken. Neulich wurden die Richtlinien des Obersten Gerichtshofes (Zivilkammer) veröffentlicht. Darin wird allen Gerichten empfohlen, mit Rücksicht auf die Staatsinteressen der weiteren Zersplitterung nach Möglichkeit durch entsprechende Vergleiche entgegenzuwirken. Ein gesetzliches Verbot der Erbteilung eines Bauernbesitzes gibt es jedoch nicht. Die Aktion der verschiedenen Staatsorgane scheint nicht koordiniert zu sein. In vielen Gegenden verhalten sich die Behörden völlig passiv.

Die verantwortlichen Leiter des Staates treten hier nicht sehr energisch auf. Offenbar spielen sie mit dem Gedanken, daß sich die Zersplitterung des Bauernbesitzes zwar ungünstig auf die momentane Produktion der Landwirtschaft auswirke, aber auf die Dauer immer neue Argumente für die Kollektivierung der Landwirtschaft schaffe. Diese Kollektivierung ist noch nicht aktuell, aber die Möglichkeit äußerer Einflüsse besteht fort, die eine solche Maßnahme beschleunigen kann. Dieser Druck von Seiten Moskaus ist heute schon spürbar und wird in den nächsten Jahren bestimmt nicht geringer.

3) Neue Erleichterungen beim Kauf von Bauernhöfen

Der gesteigerte Druck auf die Bauern in den benachbarten Satellitenstaaten macht auch die polnischen Bauern hellwach und mißtrauisch. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß in den letzten Monaten ihr Interesse am Kauf eines eigenen Hofes in den Westgebieten oder im Landstreifen entlang der jetzigen Ostgrenze Polens - dort hat man in der Stalinzeit absichtlich weite Strecken von Bauern entlöst - merklich nachgelassen hat. Um den Interessenten dies wieder schmackhaft zu machen, entschloß sich der Staat, eventuellen Käufern noch mehr als bisher entgegenzukommen.

Wer jetzt einen Bauernhof kaufen will, der wird für die Gebäude 50 - 65 % weniger als bisher zu zahlen haben. Der Preis für den ganzen Hof ist so kalkuliert, daß der Wert der Gebäude 75 - 80 % des Gesamtwertes ausmacht, so daß sich also der Preis insgesamt dadurch um 40 - 45 % vermindert.

Auch die Form der Abzahlung ist jetzt günstiger. Ein Käufer beginnt mit der Abzahlung erst nach drei Jahren. Er hat den 30 Jahre (früher 20 Jahre), Zeit, bis er von dem Kaufpreis die letzte Rate bezahlt hat. Diese Erleichterungen werden rückwirkend auf die Rußlandheimkehrer angewandt, die sich auf einem eigenen Hof niedergelassen haben, aber den entsprechenden Kaufvertrag noch nicht unterschrieben haben.

Die wirtschaftliche Rolle Niederschlesiens in Polen

Die Wojewodschaft Breslau steht - hinter dem oberschlesischen Industrierevier - auf zweiter Stelle unter den am meisten industrialisierten Bezirken Polens. Die Zahl der niederschlesischen Industriebetriebe beträgt 10,4 % der Gesamtzahl und ihre Produktion 10,1 % der Gesamtproduktion in Polen. Man rechnet damit, daß dieser Anteil in den nächsten Jahren noch wachsen wird, da zur Zeit zwei große Investitionsvorhaben verwirklicht werden. Es handelt sich dabei um ein Kraftwerk von 1200 MGW mit einer gewaltigen Braunkohlengrube im Gebiet von Görlitz und neue Kupfererzgruben im Gebiet von Liegnitz.

Für einen Überblick über den Anteil Niederschlesiens an der polnischen Produktion:

Braunkohle = 90 %, Leinstoffe = 44 %, Kunstfaser = 36 %, Tafelglas = 24 %, Erdgas = 24 %, Baukalk = 28 %, Bausteine = 60 %.

Die Anzahl der Betriebe der sogen. Schlüsselindustrie beträgt in Niederschlesien 550. In diesen Betrieben werden 230.000 Menschen beschäftigt, das sind 86,5 % aller Beschäftigten dieser Wojewodschaft. Etwa 15 Betriebe der Schlüsselindustrie entstanden nach dem Kriege. Niederschlesien produziert u.a. Eisenbahnwaggons, Elektroloks, Werkzeugmaschinen, Spezialpumpen, komplette Einrichtungen für Zuckerfabriken, Textil- und Papiermaschinen, Elektromotoren, Bergbauausrüstungen, Zement und Kunstfasern. (Laut "Trybuna Ludu" vom 10.3.60).

III. Soziale Probleme

1) Frauenbeschäftigung

In einem Interview informierte der stellvertretende Arbeits- und Wohlfahrtsminister Polens, KOCHANOWICZ, über eine Anzahl von Problemen. In der Gesamtbeschäftigtenzahl Polens beträgt der Anteil weiblicher Arbeitskräfte ein Drittel. Höher liegt der Anteil der Frauen im Handel (45 %), in den sozialen und kulturellen Einrichtungen (66%) und in der Verwaltung (41 %).

Im letzten Schuljahr betrug der Anteil der Mädchen fast 40 %, auf den Universitäten 50 % und im Medizinstudium 60 %. Nur auf den technischen Hochschulen war die Zahl der studierenden Frauen relativ niedrig (16 %).

Aus den erwähnten Zahlen geht hervor, daß der Prozentsatz der Frauen, die einen Beruf erlernen, immer höher wird. Im Augenblick ist die Situation noch so, daß über 80 % aller beschäftigten Frauen keine Fachausbildung besitzen. Der Minister meinte, dies wäre durch die Politik Vorkriegspolens und der Besatzungszeit verursacht, als man den Frauen so gut wie keine Möglichkeit gab, berufliche Qualifikationen zu erwerben.

Wenn heute eine Anzahl Frauen Schwierigkeiten haben, eine Arbeit zu finden, so sei das darauf zurückzuführen, daß diese Frauen keinen Beruf erlernt hätten. In nicht allzu ferner Zeit werde sich diese Situation gründlich ändern. In der Vorbereitung zur Ausübung eines bestimmten Berufes wird die Frau dem Mann nicht mehr nachstehen.

2) Vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis

Ein neues Ergänzungsgesetz ändert die Bestimmungen über die vorzeitige Entlassung von Personen, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Im allgemeinen werden die bisher geltenden Bestimmungen verschärft. Früher hieß es, ein Verurteilter kann nach Absitzen von mindestens der Hälfte der Strafe freigelassen werden. Heute muß er schon zwei Drittel der Strafe verbüßen. Solche vorzeitigen Freilassungen gelten aber nicht für rückfällig Verurteilte. Diese müssen ihre Strafe voll absitzen.

Das neue Gesetz schafft einen völlig neuen Begriff einer haftenden Person bzw. Institution. Diese Person (: Institution) kann jetzt von sich aus den Antrag auf die vorzeitige Freilassung des Verurteilten stellen, muß sich aber gleichzeitig verpflichten, die volle Fürsorge für den Verurteilten zu übernehmen. Gesetzliche Bestimmungen sorgen auch dafür, daß ein aus dem Gefängnis Freigelassener auch eine Arbeit findet, was bis jetzt nicht immer leicht war und zur Rückfälligkeit führte.

3) Justizpraxis in Polen

Die sogen. Wirtschaftsvergehen (meistens Veruntreuung öffentlicher Gelder) haben in den letzten vier Jahren bedrohliche Ausmaße angenommen. In der ersten Zeit nach dem Oktober 1956 fanden diese Vergehen in den meisten Fällen milde Richter. Es ist schon vorgekommen, daß Leute, die eine Million Zloty unterschlagen hatten, mit zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 10.000 Zloty davongekommen sind. Wer geschickt genug war, die gestohlenen Gelder so zu verstecken, war nach Absitzen der relativ kurzen Gefängnisstrafe für sein ganzes Leben versorgt.

Schon vor zwei Jahren erfolgte aber eine Verschärfung der Justizpraxis. Das Gesetz vom Januar 1958 hat z.B. verfügt, daß das Vermögen des Verurteilten eingezogen wird, wenn der von ihm verursachte Schaden 50.000 Zloty übersteigt. Außerdem ist bei solchen Fällen die Auferlegung einer Geldstrafe obligatorisch. Die Höhe dieser Geldstrafen hat sich in den letzten Jahren sehr vergrößert. Während sie 1957 20,5 Mill. erreichte, war sie 1959 schon mehr als dreimal höher (77,2 Mill).

Das Justizministerium bereitet ein neues Gesetz vor, das eine weitere Verschärfung der entsprechenden Bestimmung vorsieht. Die obere Grenze einer Geldstrafe wird von 300.000 auf 1 Million heraufgesetzt. Eine nicht eintreibbare Geldstrafe wird in Haftstrafe umgewandelt. Wer sich also in Zukunft an Gemeineigentum zu bereichern versucht, muß mit langen Freiheitsstrafen rechnen. Die Aussicht, später von dem begangenen Diebstahl zu profitieren, besteht jetzt kaum noch.

Ein weiteres Problem, mit dem sich die Justizbehörden beschäftigen, ist die teilweise Übertragung gewisser Gerichtsfunktionen auf andere Institutionen. Man will dem sowjetischen Beispiel folgend beispielsweise die sogen. Kameradschaftsgerichte in Betrieben mit gewissen Vollmachten ausstatten.

Der polnische Justizminister RYBICKI äusserte, man wolle zuerst mit großen Industriebetrieben, die über ein geschultes Aktiv verfügen, mit diesem Experiment beginnen. Erst wenn man genug Erfahrungen gesammelt habe, könne man nach und nach dann die neue Praxis immer breiter anwenden.

4) Verteilung der qualifizierten Berufskader

Die ersten zehn Jahre nach dem Kriege standen unter dem Zeichen der Zentralisation auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Obwohl die Hochschulen in diesen Jahren fast 185.000 Absolventen - Ingenieure, Volkswirtschaftler, Ärzte, Humanisten, Juristen usw. - herangebildet haben profitierte die Provinz nur wenig davon, weil die Tendenz vorherrschte, die Akademiker an die Hauptstadt zu binden. Sie selbst haben auch nur wenig Lust gezeigt, sich in die Provinz "verbannen" zu lassen. Schon vor vier Jahren hatten in Warschau 28 % aller Beschäftigten Hochschulbildung. Das bedeutete, daß die Hauptstadt mehr Akademiker beschäftigte, als 12 von 19 Wojewodschaften. An zweiter Stelle hinter Warschau rangiert Oberschlesien mit 13 %. Sonst gab es größere Zentren von Akademikern nur noch in Städten, die Hochschulen hatten, also hauptsächlich Krakau, Breslau und Posen (und in zweiter Linie Danzig, Bromberg, Lodz und Stettin). Ansonsten herrschte ein Vakuum, das sich in jeder Beziehung auf allen Gebieten des Lebens verherrend ausgewirkt hat.

Diese Tendenz ist in den letzten Jahren beseitigt worden. 1958 vollendeten in Polen über 14.000 Hochschüler ihre Ausbildung, von denen nur 10 % in der Hauptstadt blieben. Die Westgebiete nahmen 30 % auf, die übrigen verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf alle Wojewodschaften.

1956 gab es in den Fabriken, Projektionsbüros und in der Verwaltung in Warschau 30 % aller polnischen Ingenieure. 1958 sank diese Zahl auf 24,7 %. Die ungesunde und schädliche Konzentration hochqualifizierter Kader in der Hauptstadt ist also nicht nur gebremst, sondern der Prozeß der Verteilung hat schon begonnen.

Diese Tatsache ist auf eine konsequente Politik der Regierung zurückzuführen. Die in das Berufsleben tretende Jugend zeigt zwar immer noch keine besondere Neigung für das Leben in der Provinz, aber es gibt für sie in der Hauptstadt nicht mehr so viele Möglichkeiten Arbeit zu bekommen.

Polen und das Ausland

1) Handelsabkommen mit der Sowjetunion

Der sowjetische Außenhandelsminister N. PATOLITSCHEW kam nach Warschau und unterzeichnete am 10. März ein neues Handelsabkommen zwischen Polen und der Sowjetunion für die Jahre 1961 bis 1965.

In der kommenden Fünfjahrperiode sollen die Handelsumsätze zwischen beiden Ländern im Vergleich zum Zeitabschnitt 1956/60 um 60 % wachsen. Im letzten Jahr des neuen Abkommens, 1965, sollen die Handelsumsätze mehr als doppelt so groß sein als 1958 und die Grenze von 5 Milliarden Devisenzloty (1,25 Milliarden Dollar) überschreiten.

Polens Handel mit der SU hat in den letzten Jahren eine stark steigende Tendenz. Im Laufe des Jahres 1959 erhöhten sie sich im Vergleich zu 1958 um 26 % und in diesem Jahr sollen sie im Vergleich zu 1959 um 12 % wachsen. Die Quote der Handelsumsätze mit der Sowjetunion beträgt zur Zeit 30 % der gesamten polnischen Außenhandelsumsätze.

Von polnischer Seite wird betont, daß der polnische Export in die Sowjetunion in einem sehr viel stärkeren Maße an der Steigerung der Umsätze beteiligt sein wird als der Import aus der Sowjetunion. (Relation des Wachstums von Aus- und Einfuhr ist wie 90 : 53). Diese Tatsache ist natürlich sehr vorteilhaft für Polen und erlaubt u.a. die Abzahlung der von der Sowjetunion gewährten Kredite.

Der Gesamtwert der jetzt vereinbarten Handelsumsätze zwischen Polen und der SU beträgt für 1961/65 über 5,5 Milliarden Dollar. Im einzelnen soll Polen von der SU bekommen: 35,5 Mill. to Eisenerz, 1.095.000 to Manganerz, 500.000 to Roheisen, 8,5 Mill. to Erdöl, 7,7 Mill. to Erdölprodukte, 396.000 to Baumwolle, 1 Mill. to Holz.

Polen wird aufgrund des Abkommens an die SU liefern: 120 Schiffe (meistens große Einheiten über 10.000 DWT), 15.000 Güterwaggons, 6.000 Kesselwaggons, 1750 Personenwaggons, 525 Elektroloks, komplette Einrichtungen für Zuckerraffinerien, Hefefabriken und andere Produktionsbetriebe, Werkzeugmaschinen, Kadel, 24 Mill. to Steinkohle, 3 Mill. to Koks, 300.000 to Zink und Zinkblech, 600.000 kalzinierter Soda, u.a. Außer diesen Investitionsgütern wird Polen eine Anzahl von industriellen Konsumgütern liefern wie z.B. : Eisschränke, Röhren für Fernsehapparate, Konfektion usw. Die polnische Industrie ist weitgehend von den sowjetischen Lieferungen abhängig. Ein Einstellen der Lieferungen von Erdöl, Eisenerz, Baumwolle, Manganerz u.a. würde die polnische

Industrie vollständig lähmen, da Polen in vieler Hinsicht auf Rohstoffimport angewiesen ist, und die Russen decken den Hauptanteil der Importe.

Der polnische Außenhandelsminister TRAMPSYNSKI bezeichnete das neue Abkommen als das größte von allen bisher von Polen unterzeichneten Handelsabkommen. Er bezeichnete die Struktur des polnischen Exports als sehr vorteilhaft und wies besonders daraufhin, daß in diesem Export Maschinen und industrielle Erzeugnisse eine große Position einnehmen. Auch der sowjetische Minister PATOLITSCHEW zeigte sich befriedigt.

2) ... und mit der "DDR"

Während der Frühjahrsmesse in Leipzig wurde ein neues Handelsabkommen zwischen Polen und der "DDR" unterzeichnet. Das Abkommen umfaßt den Zeitabschnitt 1961-65. Im Vergleich zu dem abgelaufenen Abkommen werden die Umsätze um 30 % heraufgesetzt.

Aufgrund des neuen Abkommens wird Polen an seinen westlichen Nachbarn Stein- und Braunkohle, Koks, Zink, Chemikalien, Obst, Gemüse, Werkzeugmaschinen, Güterwaggons, Armaturen, Einrichtungen für Walzwerke, für die Bergbau- und Kohleindustrie, Messinginstrumente, medizinische Apparaturen usw.

Aus der "DDR" wird Polen beziehen: Kali- und Stickstoffdüngemittel, Chemikalien (darunter synthetischen Kautschuk, Schädlingsbekämpfungsmittel, Autobereifung, Farbstoffe u.a.), Maschinen für die Leichtindustrie, Maschinen für die Kabelindustrie und zur Herstellung von Stahlseilen, Werkzeugmaschinen, Elektroloks für den Bergbau, zweistöckige Personenwaggons, Einrichtungen für die chemische Industrie, landwirtschaftliche Maschinen u.a.

Außer den Investitionsgütern werden beide Länder auch industrielle Konsumgüter austauschen und zwar:

Die "DDR" an Polen:

Baumwoll- und Kunstseidenstoffe, Baumwoll- und Kunstfaserwäsche, Sportkleidung, Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe, Photoapparate, Uhren, Motorräder und PKWs.

Polen soll erstmalig liefern:

Waschmaschinen, Eisschränke und Fernsehapparate.

Außer mit der Sowjetunion und der "DDR" schloß Polen auch mit der CSR vor

- 17 -

kurzem ein langfristiges Handelsabkommen ab. Mit diesen drei Nachbarländern wird Polen mehr als die Hälfte aller Außenhandelsumsätze abwickeln. In absehbarer Zeit wird Polen auch mit den anderen volksdemokratischen Ländern ähnliche Abkommen schließen.

3) Polens Handel mit den unterentwickelten Ländern

Die Handelsumsätze Polens mit unterentwickelten Ländern haben noch einen bescheidenen Umfang, zeigen aber eine ständig steigende Tendenz.

1956 betrug der Wert dieser Umsätze 436 Mill. Devisenzloty (etwa 110 Mill. Dollar), 1959 erhöhten sie sich auf 667 Mill. Devisenzloty (etwa 167 Mill. Dollar). Ihr Anteil an den Gesamtumsätzen des polnischen Außenhandels beträgt 6,5 %.

Fast die Hälfte aller Umsätze mit unterentwickelten Ländern bezieht sich auf Südamerika, hauptsächlich auf Brasilien und Argentinien. Die nächst-wichtigste Ländergruppe umfasst Indien, Indonesien, Türkei und Iran. Mit Ausnahme von Ägypten ist der polnische Außenhandel mit afrikanischen Ländern noch sehr unbedeutend.

Die Struktur des polnischen Außenhandels mit unterentwickelten Ländern ist für Polen günstig. Über 40 % des gesamten polnischen Exportes für diese Ländern waren 1959 Maschinen. Die unterentwickelten Ländern sind überhaupt unter den sogen. kapitalistischen Ländern die Hauptabnehmer der Erzeugnisse der polnischen Maschinenindustrie.

4) Polnischer Besuch in den USA

Auf Einladung der amerikanischen Regierung begab sich am 23. März der polnische stellvertretende Ministerpräsident Piotr JAROSZEWICZ nach den USA.

Am 25. März wurde er von Präsident EISENHOWER zu einem kurzem Besuch empfangen. Die polnische Presse erinnert daran, daß es nicht das erste Treffen EISENHOWERS mit dem polnischen Politiker war. Der damalige General EISENHOWER wurde 1945 bei seinem Besuch im zerstörten Warschau von dem damaligen General der polnischen Armee JAROSZEWICZ in der Ruinenstadt herungeführt.

Nach seinem Besuch im Weißen Haus sagte der polnische Politiker vor der Presse, daß sein Besuch beim amerikanischen Präsidenten "außerordentlich angenehm" gewesen sei. Der Präsident habe großes Verständnis für die angeschnittenen

Probleme: "Wir freuen uns, daß wir ihn bei guter Gesundheit gesehen haben."

Ganz im Zeichen der Entspannung wickelte sich der Besuch des polnischen Gastes bei den Stadtbehörden der amerikanischen Hauptstadt ab. Ihm wurden die symbolischen Stadtschlüssel überreicht und die Ehrenbürgerschaft Washingtons verliehen.

Es ist der erste Besuch eines polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten in den USA. Im Oktober des vergangenen Jahres war der damalige Landwirtschaftsminister OCHAB in den USA. JAROSZEWICZ ist Spezialist für Fragen der Wirtschaftsplanung. Längere Zeit vertrat er die Forderungen der polnischen Rüstungsindustrie bei der Staatlichen Planungskommission in Warschau. Jetzt ist er der Vertreter Polens bei dem Rat für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockländer - Komekon.

Die polnische Presse schreibt nichts über den Zweck des Besuches von JAROSZEWICZ in den USA. Es gilt aber als sicher, daß er sich hauptsächlich für die Möglichkeiten einer Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern interessieren wird.

5) Besuch italienischer Sozialisten in Polen

Unter Führung des stellvertretenden Sekretärs der Partei, Francesco de MARTINO, weilte in den ersten Märztagen eine Gruppe der Nenni-Sozialisten in Polen. Sie führten Gespräche mit Vertretern des Politbüros der PZPR und Leitern der Demokratischen Partei. Nach einem offiziellen Kommuniqué kam es zu einem "freundschaftlichen und aufrichtigen Austausch von Informationen und Ansichten über die internationale Lage". Es wurde festgestellt, daß sich die Ansichten der polnischen Kommunisten und italienischen Sozialisten "in vielen wesentlichen Punkten decken".

Die italienischen Gäste waren bei den Beratungen des Warschauer Parteiaktivs anwesend und hörten sich die Rede des Parteichefs GOMULKA an. Er entschuldigte sich bei seinen Gästen dafür, daß er für sie so wenig interessante Probleme aufwarf, wie das der Normenerhöhung in Polen. Er meinte aber, daß in einer Zeit, wo zwei Systeme, das sozialistische und das kapitalistische, in einem "gigantischen Wettbewerb" stehen, die Fragen des technischen Fortschrittes und einer höheren Arbeitsproduktivität in sozialistischen Ländern einen revolutionären Faktor bedeuten, weil sie zur Stärkung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern führen.